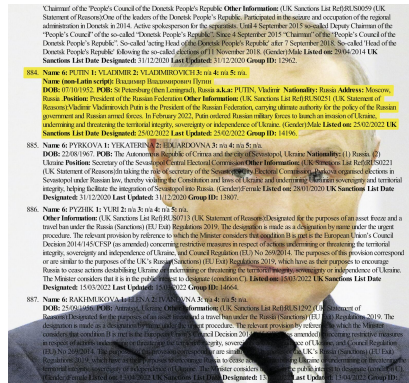


# Auf der Suche nach Oligarchengeldern

Schweizer Banken und auch Firmen aus anderen Branchen sind gefordert, die Russland-Sanktionen einzuhalten. Erscheint ein neuer Name auf einer Liste, zählt jede Minute. Von Zoé Baches



Auf jeder Sanktionsliste: Wladimir Wladimirowitsch Putin. Hier ein Ausschnitt aus der Finanzsanktionsliste «Target Russia» aus Grossbritannien.

Im Vergleich zu anderen Sanktionen ist die Dimension der seit Beginn der Ukraine-Krise gegen Russland verhängten Massnahmen signifikant höher. Denn zusätzlich zu den Namen der russischen Einzelpersonen und der russischen Firmen auf den Sanktionslisten sind weltweit alle Unternehmen betroffen, welche im Besitz dieser sanktionierten Personen sind oder von diesen kontrolliert werden. «Im Falle von Nordkorea oder Iran ist das eine überschaubare Zahl», von den russischen Sanktionen seien heute aber bereits über 10 000 Firmen betroffen, die nicht auf den eigentlichen Sanktionslisten stehen, erklärt Joel Lange, der als General Manager Risk & Compliance bei Dow Jones für das Thema Sanktionen zuständig ist.

Dazu kommt ein enormer Zeitdruck. «Von dem Moment an, wo die Sanktion gegen einen russischen Bürger oder eine juristische Einheit publiziert wird, gelten alle Massnahmen, und zwar ab sofort», betont ein Vertreter einer grossen Schweizer Privatbank. Ab diesem Moment müssen sämtliche Bankkonten der angeführten Personen und Organisationen eingefroren werden. Zudem muss die Bank sicherstellen, dass diesen Kunden weder direkt noch indirekt Gelder oder Vermögenswerte zur Verfügung gestellt werden.

Nun sind die Schweizer Banken seit langem vertraut im Umgang mit Sanktionen. Das Thema gewann – parallel zur Bekämpfung der Geldwäscherei – nach 9/11 und der folgenden Jagd der USA nach Terroristen weltweit an Bedeutung. Im Gleichtakt wuchsen auch die Compliance-Abteilungen der Banken.

Im Jahr 2014 hatte die Europäische Union bereits erste Sanktionen gegen Russland wegen der Annexion der Krim verhängt. Seit Februar 2022 hat die EU nun insgesamt fünf Sanktionspakete gegen Russland verhängt. Darunter befinden sich «gezielte restriktive Massnahmen gegen Einzelpersonen, Wirtschaftssanktionen und diplomatische Massnahmen». Die individuellen Sanktionen richten sich gegen «Personen, die für die Unterstützung, Finanzierung oder Durchführung von Handlungen» verantwortlich sind, welche die «territoriale Unversehrtheit, die Souveränität und die Unabhängigkeit der Ukraine untergraben» oder «von diesen Handlungen profitieren».

Sanktionierte Personen umfassen laut der Website des Europäischen Rates den Kreis der Führung um Präsident Wladimir Putin, dem Kreml nahestehende Oligarchen, die 351 Mitglieder der russischen Staatsduma, die Mitglieder des Nationalen Sicherheitsrates, hochrangige Beamte und Militärangehörige und prominente Geschäftsleute, die den russischen Staat mit Finanzdienstleistungen, Militärgütern und Technologie versorgen. Zudem Propagandisten und Desinformationsakteure und ausgewählte Familienangehörige einiger der genannten Personen.

## Unterschiedliche Sichtweisen

Die EU hat heute zum Thema Russland total 80 Organisationen und 1091 Einzelpersonen mit Sanktionen belegt. Indirekt davon betroffen ist aber ein weitaus grösserer Kreis, laut Lange von Dow Jones sind das derzeit gut 59 000 Einzelpersonen und Firmen.

Es gibt nun aber nicht eine einzige Liste. Jedes Land führt zum Thema Russland eine eigene Liste. Für Banken weltweit die wichtigste ist diejenige des Ausserministeriums der USA. Von grösstem Interesse für die Banken sind zudem die Sanktionen der EU, jene von Grossbritannien und jene der Schweiz. Denn die für eine Bank relevanten Währungen, im Falle der Schweiz der Franken, aber auch die geografische Verankerung sind laut Befragten der entscheidende Grund dafür, an welche Länderlisten grenzüberschreitend tätige Banken sich halten.

Warum gibt es überhaupt verschiedene Listen? Ein Russe oder eine Russin ist doch entweder sanktioniert oder nicht? Gleiches gilt bei für juristische Einheiten. Tatsächlich befindet sich die Mehrheit der Namen auf sämtlichen Länderlisten, erklärt Lange von Dow Jones. Dies auch, weil sich die

Regulierungsbehörden im Falle Russlands enger als sonst koordinieren. Die einzelnen Jurisdiktionen hätten aber teilweise unterschiedliche Sichtweisen auf die Oligarchen, sagt Lange weiter. So befinde sich der russische Milliardär Roman Abramowitsch zwar auf der britischen Sanktionsliste, nicht aber auf der amerikanischen.

Gelangt dann ein Name auf die Liste, muss es rasch gehen. «Eine bankinterne Task-Force gleicht alle relevanten Sanktionslisten sofort mit den bestehenden Kundenbeziehungen ab», führt der Vertreter der grossen Privatbank aus. Möglicherweise von einer Sanktion betroffene Kunden oder Transaktionen werden im Banksystem mit einer roten Flagge versehen. Sämtliche Transaktionen seien ab diesem Moment blockiert, werden also nicht mehr automatisch durchgeführt. «Bevor aber die Vermögenswerte tatsächlich eingefroren werden, schauen wir das im Detail an», so der Banker weiter. Denn hier kann sich keine Bank einen Fehler leisten. Können von Sanktionen betroffene Russen noch Transaktionen durchführen, bekommt die Bank rechtliche Probleme durch die Aufsichtsbehörden. Werden aber Gelder des falschen Kunden blockiert, könnte jener die Bankbeziehung auflösen.

Im Jahr 2022 ist es zwar Alltag, dass eine Schweizer Bank ihre Kunden und deren Transaktionen weltweit sehr genau überwacht. Auch war die Schweiz sehr gut vorbereitet: Die Schweizerische Bankiervereinigung (SBA) nahm bereits am 25. Februar mit dem Seco Kontakt auf und etablierte einen entsprechenden Infokanal. Gleichzeitig wurde eine Arbeitsgruppe Sanktionen geschaffen. Dennoch sind sich die Befragten einig, dass die Russland-Sanktionen eine sehr heikle Angelegenheit sind, auch weil es ständig zu Änderungen kommt und ständig neue Massnahmen dazukommen. Mit Name wollte sich keine Schweizer Bank äussern, bestätigt wird von Angefragten einzig, dass man sich intensiv mit der Sache beschäftige, teilweise dürften auch die Compliance-Abteilungen aufgestockt worden sein. Für lokal tätige Banken ist Osteuropa kein relevanter Markt. Allerdings versuchen die hiesigen Banken, auf Nummer sicher zu gehen. Ein Banker erzählt von einer Russin, welche seit langem in der Schweiz lebt. Ihre Retail-Bank habe ihr die Ausgabe einer Kreditkarte verweigert – obwohl weder sie noch ihre Familie von den Sanktionen betroffen sei.

### **Reiche Russen haben vorgesorgt**

Alle Banken zählen auf externe Anbieter wie Dow Jones, deren Software die Daten konsolidiert aufbereitet. Und auf technologische Compliance-Spezialisten wie Targens. Deren Software erlaubt den Vergleich von aufbereiteten Daten aus den Sanktionslisten mit dem bankeigenen Kundenstamm und dessen Transaktionen. Ruedi Becker führt die Schweizer Niederlassung Targens Suisse. Wegen Russland berät er immer mehr Kunden auch ausserhalb der Finanzbranche, denn die Sanktionen müssen von allen Firmen in der Schweiz befolgt werden. Becker betont, dass grosse Schweizer Unternehmen ohnehin seit Anfang Jahr verpflichtet seien, ihre Lieferketten auf Mineralien und Metalle aus Konfliktgebieten und auf Kinderarbeit zu überprüfen. Zuerst und als Muss stehe nun zusätzlich die genaueste Prüfung der eigenen Lieferketten auf russische Lieferanten.

Ob die Sanktionen greifen, wird sich zeigen. Reiche Russen dürften sich längst auf das heutige Szenario vorbereitet haben, indem sie ihre Vermögenswerte auf verschiedene Banken über mehrere Kontinente und wohl auch verschiedene wirtschaftliche Berechtigte verteilt haben. Noch soll es keine sekundären Sanktionen gegen Firmen geben, welche sich nicht an die Russland-Sanktionen halten. Es gebe weiterhin Schlupflöcher für Russen, bestätigt ein Befragter. So könne ein russischer Oligarch heute in China leben und auf seine Gelder bei einer chinesischen Bank zugreifen, wenn sich diese nicht an die Sanktionen halte.